

Herrn 1. Vorsitzenden
Werner F. Dexheimer
Initiative Pro Pfälzerwald
Am Stentenwehr 62
67435 Neustadt/Weinstraße

Eingang 
15. Okt. 2015



Mainz, 13.10.2015

die rot-grüne Landesregierung hat sich zu Beginn der Legislaturperiode zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2030 den Strombedarf in Rheinland-Pfalz (bilanziell) vollständig aus erneuerbaren Energien zu decken. Diesem ehrgeizigen energiepolitischen Ziel stand von Anfang an kein greifbares Konzept der Realisierung gegenüber. Und es zeigt sich, die Skepsis vieler war mehr als berechtigt.

Deshalb hat die CDU-Landtagsfraktion bereits im Februar 2012 in ihrem **Antrag „Masterplan Energiewende“** ein strukturiertes Vorgehen unter Einbeziehung aller relevanten Akteure im Zuge der Umsetzung der Energiewende in Rheinland-Pfalz gefordert.

Rheinland-Pfalz kann die Energiewende nicht alleine schaffen. Die Energiewende muss vielmehr vorrangig auf der Ebene der Nationalstaaten, der europäischen Union und in der internationalen Politik vorangetrieben werden. Länder und Gemeinden haben ergänzende, subsidiäre Aufgaben, die aber gleichwohl unverzichtbar sind.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht sinnvoll, wenn einzelne Bundesländer eigene regionalbezogene zeitliche und mengenmäßige Ziele einer Energiewende proklamieren und verfolgen. Der Energiemarkt ist national, europaweit und weltweit eng vernetzt. Die Energiewende muss deshalb auf diesen drei Ebenen **koordiniert werden**.

In Rheinland-Pfalz lief neben der **fehlenden Koordination** mit den umliegenden Bundesländern, der Bunderegierung und auf europäischer Ebene auch die Kommunikation und

In Rheinland-Pfalz lief neben der **fehlenden Koordination** mit den umliegenden Bundesländern, der Bunderegierung und auf europäischer Ebene auch die Kommunikation und Zusammenarbeit mit den Kommunen und den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort von Anfang an alles andere als optimal.

Und genau das ist der **Knackpunkt in Rheinland-Pfalz**, denn die Grundidee war: Die Kommunen selbst können entscheiden, ob und wie viele Windräder sie in ihren Bereichen aufstellen und profitieren dabei durch die entsprechenden Miet- und Pachteinahmen. Aufgrund der unzureichenden Finanzausstattung der Kommunen in Rheinland-Pfalz ist das **Errichten von Windkraftanlagen zu einem lukrativen Geschäft** für die finanzklammen Kommunen geworden. Dies hat zur Folge, dass beispielsweise in Regionen wie dem Hunsrück, der Eifel und der Südpfalz große Streitigkeiten hinsichtlich der Anzahl der Windräder, der genauen Standorte, der Umwelt- und Naturschutzverträglichkeit etc. entstanden sind. Die Windkraftanlagen werden immer höher. Das führt dazu, dass sich Anwohner durch Geräusche, Schattenwurf und andere Begleiterscheinungen gestört fühlen.

Wir müssen die **Einwände der Menschen sehr ernst nehmen**. Windkraftanlagen können nicht gegen, nur mit den Bürgern errichtet werden, und es sollte nicht Ziel sein, immer mehr Windräder als Selbstzweck aufzustellen. Die berechtigten **Interessen zahlreicher Umwelt- und Naturschutzverbände**, die sich in starken Bündnissen im ganzen Land zusammengeschlossen haben, müssen ebenso eine zentrale Rolle spielen, wie die wissenschaftlich belegte ausreichende Verfügbarkeit von Wind.

Nicht das politisch Wünschenswerte, sondern das gesellschaftlich akzeptierte und wissenschaftlich Machbare muss Maßstab und Grundlinie bei der Umsetzung der Energiewende sein!

Wenn es in diesem Grundgedanken kein Umlenken in unserem Bundesland geben wird, wenn **weiterhin aus reiner Ideologie über den Willen der Bürgerinnen und Bürger vor Ort hinweg** eine Energiepolitik in Rheinland-Pfalz betrieben wird, wird diese letztlich zur nachlassenden Zustimmung der Menschen zur Energiewende führen.

Gegen **den unkoordinierten Wildwuchs weiterer 1.000 Windkraftanlagen** in unserem Land wehren wir uns. Der Ausbau zahlreicher dezentraler Stromerzeugungsanlagen erfordert eine **qualifizierte planerische Steuerung**. Besonders für Windkraftanlagen müssen wirtschaftliche, d. h. durch gutes Windangebot gekennzeichnete vorrangige Standorte ausgewählt werden. Diese müssen zugleich mit dem Ausbau der Verteilernetze kombiniert werden. Die bestehende Netzstruktur und für den Netzausbau tragbare Voraussetzungen müssten verbindliche Maßstäbe der Standortauswahl werden. Besonders Waldgebiete liegen abseits von bestehenden Netzstrukturen und erfordern entsprechenden Aufwand. Zum Schutz von Landschaft und Umwelt müssen **Ausschlussgebiete definiert** werden. Wir sind stolz, mit dafür Sorge getragen zu haben, dass der Pfälzerwald windkraftfrei bleibt, was uns an anderer Stelle in Rheinland-Pfalz wegen der ideologisierten Politik der

rot-grünen Landesregierung leider nicht gelungen ist. Es ist nicht unser Ziel 1.000 neue Windkraftanlagen zusätzlich zu erstellen.

In diesem Zusammenhang plädiert die CDU-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz dafür, den Ausbau der Windkraftanlagen zentraler über die Planungsgemeinschaften zu steuern, da nur so die Belange des Landschafts- und Umweltschutzes ausreichend berücksichtigt werden können. Raumordnung und Landesplanung müssen die Voraussetzungen für einen geordneten Aufbau der erneuerbaren Energien im Einklang mit der Wohn- und Lebensqualität der Menschen und dem Schutz von Natur und Landschaft schaffen. Eine **Überarbeitung des Landesentwicklungsprogrammes IV**, das im Interesse einer breiten Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern ein mehrstufiges Verfahren für die Bestimmung weiterer Standorte von Windkraftanlagen festlegt, muss vorangetrieben werden.

Herzliche Grüße und ebenso herzlichen Dank für Ihr Engagement und Ihre Arbeit.



Julia Klöckner, MdL
Vorsitzende der CDU-Fraktion
im Landtag Rheinland-Pfalz



Christian Baldauf, MdL
stellv. Vorsitzender der CDU-Fraktion
im Landtag Rheinland-Pfalz